

# Grundlagen zur Vorsorgeplanung Glarus

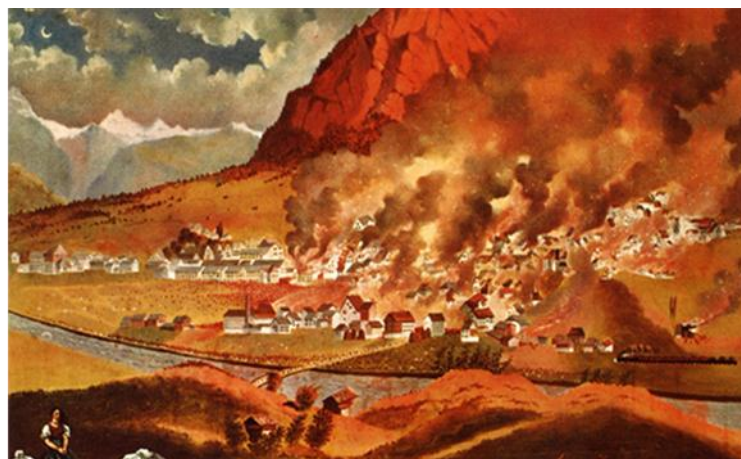
Defizitanalyse  
Handlungsbedarf und Massnahmenkatalog

**Kunde**

Kanton Glarus  
Sicherheit und Justiz  
Kantonale Führungsorganisation  
Landstrasse 38  
8750 Glarus

**Datum**

17. Februar 2016



## **Impressum**

---

### **Datum**

17. Februar 2016

---

### **Bericht-Nr.**

5314.100

---

### **Verfasst von**

HHO, MRW, JOT, JO

---

Basler & Hofmann AG

Ingenieure, Planer und Berater

Forchstrasse 395

Postfach

CH-8032 Zürich

T +41 44 387 11 22

F +41 44 387 11 00

Bachweg 1

Postfach

CH-8133 Esslingen

T +41 44 387 15 22

F +41 44 387 15 00

---

## **Verteiler**

---

Kantonale Führungsorganisation  
des Kantons Glarus

## Management Summary

Grundlagen für Vorsorgeplanung	In der vorliegenden Studie werden die Grundlagen der bevölkerungsschutzspezifischen Vorsorgeplanung des Kantons Glarus dargestellt. Sie wurde in Anlehnung an den Leitfaden KATAPLAN Teil 2 des Bundesamts für Bevölkerungsschutz (BABS) erstellt. Auf Basis der Gefährdungsanalyse des Kantons Glarus (2013) wurde die kantonale Defizitanalyse erarbeitet. Der Fokus der Defizitanalyse liegt kantonsspezifisch auf den drei für den Bevölkerungsschutz wesentlichen Handlungsfeldern Lage, Kommunikation und Ressourcen.
Optimierungspotential festgestellt	Aufgabe des Bevölkerungsschutzes ist die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen. Die Studie zeigt auf, dass im Kanton Glarus hier Optimierungspotential besteht. Gleichzeitig lässt sich aber sagen, dass gute Grundlagen vorhanden sind. Die in der Defizitanalyse gewonnenen Erkenntnisse erlauben es, die Fähigkeiten des Kantons in der Ereignisbewältigung weiter zu verbessern und so das Restrisiko weiter zu senken. Nicht alle Ereignisse können durch präventive Massnahmen verhindert werden. Gewisse Ereignisse können gar nicht vorhergesehen und deren Bewältigung auch nicht detailliert geplant werden. Der Kanton hat sich nach seinen Möglichkeiten auf diese Herausforderungen vorzubereiten.
Gesellschaft verletzlicher gegenüber neuen Gefahren	Auf Basis der in der Gefährdungsanalyse erarbeiteten repräsentativen Gefährdungsszenarien wurden Defizite der Ereignisbewältigung identifiziert. Es wurde erkannt, dass sich unsere Gesellschaft immer besser gegen bekannte Gefahren schützt und gleichzeitig immer verletzlicher gegenüber neuen Gefahren wird. Aus diesem Grund wurde der Fächer geöffnet und die Defizitanalyse beschränkte sich nicht alleine auf die Gefährdungsszenarien, sondern auf die Verletzlichkeit des Systems Bevölkerungsschutz.
Vorhandene Mittel im Ereignisfall optimal einsetzen	Aus allen erkannten Defiziten wurden rund 33 geeignete Massnahmen abgeleitet, davon mehrere konzeptioneller Natur. Die vorliegende Studie gelangt zur Erkenntnis, dass zur Stärkung des Bevölkerungsschutzes zuerst wesentliche Konzepte für die Ereignisbewältigung zu erstellen sind, die heute teilweise noch gänzlich fehlen. Erst wenn solche bestehen, lässt sich ein kohärenter Massnahmenmix mit klar bezifferbaren Kosten sowie Prioritäten zur Behebung der festgestellten Defizite im Bevölkerungsschutz schaffen, über dessen Umsetzung entschieden werden kann. Mit diesem Vorgehen soll sichergestellt werden, dass insbesondere auch die aus dem Alltag vorhandenen Mittel und Ressourcen in einem Ereignisfall optimal eingesetzt werden können. Es sind Konzepte in folgenden Bereichen zu schaffen: <ol style="list-style-type: none"><li>1. Business Continuity Management (BCM<sup>1</sup>) inkl. Verzichtsplanung</li><li>2. Analyse und Optimierung der Organisation Bevölkerungsschutz</li><li>3. Lageverbund</li><li>4. Kommunikation für bevölkerungsschutzrelevante Lagen</li><li>5. Ressourcenmanagement Kanton (ResMaK)</li></ol>
Koordinierte periodische Überprüfung der Massnahmen unter politischer Aufsicht	Der Kanton Glarus entwickelt sich weiter und neue Gefährdungen entstehen. Sicherheitsplanung ist ein kontinuierlicher Prozess. Deshalb lohnt es sich, nicht zuletzt auch im Sinne des Massnahmencontrollings, die Abklärungen gemäss KATAPLAN periodisch (d.h. alle vier bis fünf Jahre) zu überprüfen und zu aktualisieren. Zum Gelingen trägt wesentlich die Begleitung durch ein Aufsichtsgremium unter Vorsitz eines Departement

<sup>1</sup> BCM der Verwaltung: Sicherstellung der wichtigsten kantonalen Prozesse in allen Lagen

tementschefs und die Unterstützung des Stabschefs durch einen Gesamtkoordinator Bevölkerungsschutz bei.

# Inhaltsverzeichnis

---

<b>Management Summary</b>	<b>3</b>
<b>1. Einleitung</b>	<b>1</b>
1.1 Ausgangslage	1
1.2 Defizitanalyse als Teil der Notfallvorsorgeplanung	3
1.3 Aus der Gefährdungsanalyse ermittelte Herausforderungen der KFO	3
1.3.1 Herausforderungen und Handlungsbedarf im Bereich Lage	3
1.3.2 Herausforderungen und Handlungsbedarf im Bereich Kommunikation	4
1.3.3 Herausforderungen und Handlungsbedarf Ressourcen	4
<b>2. Defizitanalyse</b>	<b>5</b>
<b>3. Vorgehen und Arbeitsweise</b>	<b>6</b>
3.1 Ziele und Vorgehen	6
3.2 Organisation der Arbeiten	6
<b>4. Resultate</b>	<b>9</b>
4.1 Defizite der Bereiche Lage, Kommunikation und Ressourcen	9
4.2 Bereichsübergreifende Defizite	10
4.3 Kosten, Bewertung und Interdependenzen der Massnahmen zur Minimierung der erkannten Defizite	10
<b>5. Schlussfolgerungen und Empfehlungen</b>	<b>14</b>

## 1. Einleitung

"Natürlich können wir uns nur bedingt auf Katastrophenereignisse vorbereiten. Doch genau das müssen wir tun!" – Benno Bühlmann, Direktor Bundesamt für Bevölkerungsschutz (BABS), GV des SZSV (Schweizerischer Zivilschutzverband) 2015

Gemeinden und Kanton sind für die Katastrophenbewältigung zuständig

### 1.1 Ausgangslage

Die Schweiz und der Kanton Glarus wurden verschiedentlich von Katastrophen- und Notlageereignissen heimgesucht. Trotz präventiver Sicherheitsmassnahmen können solche Ereignisse auch künftig nicht verhindert werden. Dennoch ist es eine zentrale Aufgabe der Regierung, die Bevölkerung nach besten Möglichkeiten zu schützen. Die Bewältigung von Katastrophen und Notlagen erfolgt im Verbund der Partnerorganisationen des Bevölkerungsschutzes unter adäquatem Einbezug von Privaten. Die Hauptverantwortung für die Bewältigung von bevölkerungsschutzrelevanten Katastrophen und Notlagen liegt auf Stufe Kanton. Dabei werden die für die Bewältigung von Alltagsereignissen auf Stufe Gemeinde vorhandenen Mittel und Ressourcen im kantonalen Verbund koordiniert eingesetzt. Aus diesem Grund muss die kantonale Vorsorgeplanung in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden erfolgen.

Leitfaden KATAPLAN

Um die Kantone in der Planung des Bevölkerungsschutzes zu unterstützen, hat das BABS die Methodik KATAPLAN entwickelt und im Leitfaden KATAPLAN beschrieben ([www.kataplan.ch](http://www.kataplan.ch)). KATAPLAN ist zweigeteilt. Im ersten Teil wird mit einer Gefährdungsanalyse die Basis für die Vorsorgeplanung des zweiten Teils gelegt. Die Vorsorgeplanung wird in eine Defizitanalyse und eine Massnahmenplanung gegliedert.

Gefährdungsanalyse Glarus

Die Gefährdungsanalyse Glarus wurde im Jahr 2013 in einer Projektgruppe durchgeführt, welche sich aus Vertretern der kantonalen Führungsorganisation (KFO) und dem BABS zusammengesetzt hat. Dabei wurden im Hinblick auf die Vorsorgeplanung neun für den Kanton Glarus repräsentative Gefährdungsszenarien beschrieben:

- [1] Hochwasser (*Gefährdung N4*)
- [2] Schneelawinen (*Gefährdung N5*)
- [3] Erdbeben (*Gefährdung N8*)
- [4] Störfall C-Betrieb (*Gefährdung T15*)
- [5] Überschwappen Stauanlage (*Gefährdung T18*)
- [6] Ausfall Stromversorgung (*Gefährdung T21*)
- [7] Pandemie (*Gefährdung G24*)
- [8] Tierseuche (*Gefährdung G25*)
- [9] Amoklauf (*Gefährdung G27*)

*Kursiv: Gefährdung gemäss nationalem Referenzszenarienkatalog*

Bereits während der Gefährdungsanalyse zeigte sich, dass die Führungsorganisation bei einem Ereignis, unabhängig vom Szenario, stets praktisch analog in drei zentralen Bereichen besonders herausgefordert ist. Es sind dies die Bereiche der Lage, der Kommunikation und der Ressourcen. Sie stellen die übergeordneten Herausforderungen dar, die es für eine erfolgreiche Bewältigung von Katastrophen und Notlagen zu

meistern gilt. In der vorliegenden Studie werden die anlässlich der Gefährdungsanalyse schon ansatzweise festgestellten Defizite weiter analysiert sowie konkretisiert und der Handlungsbedarf in einer Massnahmenliste zusammengefasst aufgezeigt. Der Bericht "Gefährdungsanalyse Glarus" bildet die Grundlage der Vorsorgeplanung. Er wurde dem Regierungsrat Ende 2013 vorgelegt und am 21. Januar 2014 zur Kenntnis genommen.

Auftrag des Regierungsrats

Am 3. Februar 2015 hat der Regierungsrat des Kantons Glarus das Departement für Sicherheit und Justiz beauftragt, mit einer Defizitanalyse im Sinne des KATAPLAN Teil 2 die Grundlagen für die Vorsorgeplanung zu erarbeiten. Hierfür wurde unter Leitung des Stabschefs der KFO eine kantonale Projektgruppe eingesetzt. Vertreter der drei Gemeinden des Kantons Glarus waren darin nicht vertreten, da der Fokus des Projektes auf die kantonalen Defizite ausgerichtet war. Basler und Hofmann wurden als externe Fachberater beauftragt, das Projekt methodisch zu begleiten.

Grundlage zur Massnahmenplanung

### **1.2 Defizitanalyse als Teil der Notfallvorsorgeplanung**

Eine gut organisierte Notfallvorsorgeplanung ermöglicht es, Risiken des Kantons zu minimieren, im Ereignisfall Schäden zu begrenzen und Auswirkungen des Ereignisses zu reduzieren. Aufbauend auf den Ergebnissen der Gefährdungsanalyse wird die Defizitanalyse als Grundlage für die Massnahmenplanung in der Notfallvorsorge durchgeführt. Diese Defizite werden anhand der in der Gefährdungsanalyse gewählten neun Gefährdungsszenarien ermittelt und zu einer kantonalen Defizitliste<sup>2</sup> zusammengestellt. Auf Basis dieser Defizitliste werden geeignete Vorsorgemassnahmen geplant.

Zielgerichteter Einstieg in die Vorsorgeplanung

### **1.3 Aus der Gefährdungsanalyse ermittelte Herausforderungen der KFO**

In den folgenden Abschnitten werden die wichtigsten Herausforderungen und der Handlungsbedarf in den drei Bereichen Lage, Ressourcen und Kommunikation nochmals aufgezeigt. Näher sind diese im Bericht zur Gefährdungsanalyse beschrieben.

Herausforderungen und Handlungsbedarf im Bereich Lage

#### **1.3.1 Herausforderungen und Handlungsbedarf im Bereich Lage**

Im Bereich Lage wurden personelle und materielle Herausforderungen identifiziert, ebenso wie Herausforderungen, welche im Zusammenhang mit Prozessen und Informationsflüssen stehen. Dazu gehören beispielsweise Herausforderungen beim Hochfahren der KFO. Die KFO ist milizmässig organisiert, besitzt keinen eigenen Führungsraum und ist daher vor allem zu Beginn des Ereignisses stark auf Improvisation angewiesen und kann nicht auf Erfahrungen zurückgreifen. Zudem gibt es keine vereinheitlichenden Vorgaben bezüglich der Lageübersicht und keine Koordinationspläne für den Lageverbund innerhalb des Kantons und mit externen Partnern. Beides erschwert die mögliche Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Akteuren.

Aus den oben beschriebenen Herausforderungen wurde konkreter Handlungsbedarf identifiziert. Dazu gehören beispielsweise die vermehrte Zusammenarbeit und der Wissensaustausch zwischen den Gemeinden und dem Kanton. Für die Zusammenarbeit muss der Meldefluss zwischen den verschiedenen Stellen vereinheitlicht werden, sowie Inhalt und Struktur der Lageinformationen klar vorgegeben werden. Zur Erleichterung der Zusammenarbeit ist ein gemeinsames elektronisches Lagedarstellungssystem von grossem Nutzen. Mit IES (Informations- und Einsatzsystem; KSD) und dem Lageführung- und Informationssystem LAFIS plus im Jahr 2016 im Verbund mit anderen Kantonen wird ein wichtiger Schritt in Richtung Lageverbund vollzogen.

---

<sup>2</sup> Die Defizitliste ist Teil der "Ergänzenden Materialien" zum diesem Bericht.



Herausforderung und Handlungsbedarf im Bereich Kommunikation

### 1.3.2 Herausforderungen und Handlungsbedarf im Bereich Kommunikation

Krisen- und Ereigniskommunikation spielen beinahe bei allen bevölkerungsschutzrelevanten Ereignissen eine zentrale Rolle. Es wurden sechs Kommunikationsherausforderungen und -aufgaben identifiziert:

- \_ Vorsorgliche Kommunikation im Hinblick auf potentielle Ereignisse (Information zu gefährdeten Gebieten, Verhaltensanweisungen usw.)
- \_ Kommunikation zur Ereignisführung zwischen der KFO und den Ereignisdiensten
- \_ Alarmierung und Verhaltensanweisungen durch die KFO zur Steuerung des Verhaltens gefährdeter und betroffener Personen
- \_ Informationsweitergabe an Medien
- \_ Informationsbedürfnis der Betroffenen durch Info-Linie gewährleisten
- \_ Psychologische Hilfe für Angehörige und stark Betroffene durch Care Team

Für diese Herausforderungen besteht in personeller, organisatorischer und infrastruktureller Hinsicht teilweise grosser Handlungsbedarf. Einzelne Massnahmen im Bereich Umgang mit Medien und das Betreiben einer Care-Link-Hotline im Ereignisfall wurden teilweise bereits umgesetzt.

Herausforderung und Handlungsbedarf im Bereich Ressourcen

### 1.3.3 Herausforderungen und Handlungsbedarf Ressourcen

Die Ressourcen lassen sich in materielle, personelle und strukturelle Ressourcen aufteilen. Für jede Ressourcenart wurden unterschiedliche Herausforderungen festgestellt, die sich teilweise stark mit den Bereichen Lage und Kommunikation überschneiden. Beispielsweise wurde der fehlende Führungsraum identifiziert, Schwierigkeiten in der Informationsübermittlung und Lagedarstellung aufgezeigt sowie auf personelle Engpässe hingewiesen.

Als wichtiger Handlungsbedarf im Bereich Ressourcen wurde eine aktualisierte Übersicht über die Ressourcen in allen Gemeinden und dem Kanton erkannt. Um die personellen Ressourcen effizienter einsetzen zu können und die Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Kanton, Nachbarkantonen und Bund zu erleichtern, müssen zudem Strukturen und Prozesse überarbeitet werden. Dazu sind verschiedene Aus- und Weiterbildungen erforderlich. Der Kanton kann seine eigene Mittelplanung und Ressourcen nicht auf sehr unwahrscheinliche Ereignisse auslegen. Deshalb wird eine konzeptionelle Auseinandersetzung mit den Herausforderungen bei sehr unwahrscheinlichen Ereignissen notwendig, um Ressourcen und Dienstleistungen für deren Bewältigung in Kooperation mit Bund, anderen Kantonen und Privaten zu planen.

## 2. Defizitanalyse

Ziel der Defizitanalyse

Ziel der Defizitanalyse ist es, anhand der neun Gefährdungsszenarien des Kantons die Herausforderungen in der Ereignisbewältigung in Form von Defiziten konkret aufzuzeigen. Aus diesen Herausforderungen ergibt sich der Handlungsbedarf des Kantons, welcher mittels geeigneter Massnahmen behoben werden kann. Diese auf die Defizite des Kantons optimierten Massnahmen werden in einem Massnahmenkatalog mit Handlungsempfehlungen zusammengefasst. Die Massnahmen zielen darauf hin, bestehende Handlungsfähigkeiten in der Ereignisbewältigung zu verbessern resp. sicherzustellen. Auf Basis dieser Grundlagen kann der Regierungsrat die kantonale Vorsorge umsetzen. Er kann empfohlene Massnahmen zeit- und budgetgerecht planen und durchführen oder in einer Verzichtsplanung festlegen, welche Massnahmen bewusst nicht umgesetzt werden. Somit kennt die Regierung die Fähigkeiten des Kantons Glarus, Katastrophen und Notlagen zu bewältigen.

Vorsorgemassnahmen und präventive Massnahmen

Bei den Massnahmen wird zwischen den präventiven und vorsorglichen Massnahmen unterschieden. Präventive Massnahmen sind Massnahmen, welche die Wahrscheinlichkeit von Schadenereignissen senken, z.B. der Bau eines Hochwasserdamms der auf den Schutz vor einem 100-jährlichen Ereignis ausgelegt ist. Mit verhältnismässigem Aufwand können mit Prävention nicht alle Ereignisse ausgeschlossen werden, weshalb immer ein Restrisiko bestehen bleibt. Für dieses Restrisiko werden vorsorgliche Massnahmen im Hinblick auf eine optimierte Ereignisbewältigung im Bevölkerungsschutz getroffen. Die Defizitanalyse im Rahmen der Vorsorgeplanung soll eine optimierte Bewältigung all jener bevölkerungsschutzrelevanten Ereignisse ermöglichen, die trotz aller Vorkehrungen eintreten.

Verhältnismässigkeit von Massnahmen

Vorsorgliche Massnahmen stellen die Handlungsfähigkeit der kantonalen Einsatz- und Führungsorganisationen in der Ereignisbewältigung sicher und erhöhen deren Handlungsfreiheit. Eine Massnahme ist dann „verhältnismässig“, wenn deren Kosten geringer als der erzielte kantonale Nutzen (Sicherheitsgewinn) sind.

### 3. Vorgehen und Arbeitsweise

#### 3.1 Ziele und Vorgehen

Defizitanalyse beruht auf Vorgaben der Gefährdungsanalyse

Mit der Gefährdungsanalyse Glarus wurde ein Vorgehen für die Defizitanalyse vorgeschlagen. Demgemäss liegt das Hauptaugenmerk der Defizitanalyse auf den übergeordneten Herausforderungen der KFO in der Ereignisbewältigung und dem daraus resultierenden Handlungsbedarf.

Grundlagendokumente

Die nachfolgenden Dokumente wurden der Defizitanalyse zu Grunde gelegt:

- \_ Gefährdungsanalyse Kanton Glarus (Schlussbericht und Szenarienkatalog)
- \_ Leitfaden KATAPLAN BABS für die kantonale Gefährdungsanalyse und Vorsorge
- \_ Rechtsgrundlagen auf Stufe Bund und Kanton
- \_ Schlussbericht der strategischen Führungsübung 14 (SVU 14) mit Empfehlungen
- \_ Nationale Risikoanalyse Katastrophen und Notlagen Schweiz: Risikobericht 2015
- \_ Strategie und Leitfaden Schutz kritischer Infrastrukturen (SKI)

Aufgaben und Herausforderungen der KFO

Bei der Bewältigung von Ereignissen auf kantonaler Ebene wird die KFO eingesetzt. Sie koordiniert den Einsatz der Partnerorganisationen. Die wesentlichen Entscheidungsgrundlagen für die Vorsorgeplanung und für die Ereignisführung werden durch die KFO unter der Leitung des Stabschefs erarbeitet. Es existieren drei übergeordnete Herausforderungen mit denen eine Führungsorganisation konfrontiert ist:

1. **Lage** (Nachrichtenbeschaffung, -verarbeitung und -verbreitung)
2. **Kommunikation** (Informationsvermittlung, Medien, Hotline, Betroffene inkl. Care)
3. **Ressourcenmanagement** personell/materiell (Koordination, Priorisierung, Allokation)

Je nach Ereignis ist die Führung mit einer oder mehreren dieser zentralen Herausforderung konfrontiert. Die Defizitanalyse wurde anhand dieser drei Themenbereiche vorgenommen.

#### 3.2 Organisation der Arbeiten

Projektgruppe Defizitanalyse Glarus

Die Defizitanalyse wurde durch die kantonale Projektgruppe erarbeitet. Die Projektgruppe bestand aus 13 Mitgliedern, mehrheitlich aus der KFO, sowie einem Berater des Bundesamts für Bevölkerungsschutz (BABS). Die Projektgruppe entspricht mit kleinen personellen Änderungen der Projektgruppe der Gefährdungsanalyse Glarus.

Name	Funktion im Stab KFO / Führungsgrundgebiet	Organisation	Funktion
Bottoni, Adriano	Stabschef	Militär und Zivilschutz	Hauptabteilungsleiter
Alsdorf, Patrik	ABC Koordinator / FGG4	Bau und Umwelt, Umweltschutz und Energie	Öl- Chemiewehr und Störfallvorsorge
Baranyi, Arpad	C Rechtsdienst / FGG1	Sicherheit und Justiz	Departementssekretär
Denzler, Markus	Vertreter Polizei / FGG3	Kantonspolizei Glarus	Kommandant
Gisler, Josef	Stabschef Stv, Vertreter Feuerwehr / FGG3	glarnerSach	Feuerwehrinspektor
Hefti, Marianne	Wasserbau / FGG4	Bau und Umwelt, Tiefbau	Leiterin Fachstelle Wasserbau

Kamm, Christof	C Technische Betriebe / FGG4	Bau und Umwelt, Tiefbau	Hauptabteilungsleiter
Leisinger, Hansueli		glarnerSach	Geschäftsleiter
Mani, Dr. Martin	Leiter KSD, Kantonsarzt / FGG3	Finanzen und Gesundheit	Kantonsarzt
Marti, Dr. Jakob	C Umweltschutz und Energie / FGG4	Bau und Umwelt, Umweltschutz und Energie	Abteilungsleiter
Rohr, Pierre	IKT-Verantwortlicher / FGG5	Finanzen und Gesundheit, Informatikdienst	Leiter Informatikdienst
Schüepp, Michael	C Kommunikation / FGG5	Staatskanzlei	Ratssekretär
Walcher, Jürg	Naturgefahrenberater / FGG4	Bau und Umwelt, Umwelt, Wald und Energie	Leiter Fachstelle Naturgefahren
Hohl, Dr. Markus		BABS, Vertreter Bund	Wissenschaftlicher Mitarbeiter

**Tabelle 1**

Kantonale Projektgruppe zur Erarbeitung der Defizitanalyse Glarus

## Arbeiten in Teilstäben

Die Projektgruppe wurde für die Defizitanalyse in drei Teilstäbe mit den Themenbereichen Lage, Kommunikation und Ressourcen unterteilt. Die Teilstäbe waren damit beauftragt, die in der Gefährdungsanalyse beschriebenen Szenarien hinsichtlich von Defiziten in den Bereichen Lage, Kommunikation oder Ressourcen zu beurteilen und mögliche Massnahmen zur Reduktion der Defizite zu erarbeiten. Die Teilstäbe setzten sich wie folgt zusammen:

**Teilstab Lage:** M. Denzler (Leitung), A. Bottoni (Stv.), M. Mani

**Teilstab Kommunikation:** A. Bottoni (Leitung), P. Rohr (Stv.), A. Baranyi, M. Schüepp

**Teilstab Ressourcen:** J. Marti (Leitung), J. Gisler (Stv.), C. Kamm, J. Walcher, M. Hefti

Mit der Defizitanalyse wurde gleichzeitig der Stab in Stabsarbeit trainiert.

## Externe Begleitung

Als externe Berater haben Basler & Hofmann die Erarbeitung der Defizitanalyse begleitet und den Prozess unterstützt.

## Kerngruppe

Das methodische Vorgehen für die Erarbeitung der Defizitanalyse wurde in der Kerngruppe festgelegt. Die Kerngruppe setzte sich aus Adriano Bottoni (SC KFO Kanton Glarus) und Markus Hohl (BABS) sowie aus Harry Hohl, Matthias Wegmann, Johanna Otto und Peter Jost von Basler & Hofmann zusammen. Die Kerngruppe traf sich zu Beginn der Defizitanalyse dreimal, um das genaue Vorgehen festzulegen. Während der Defizitanalyse wurden bei Bedarf weitere Sitzungen abgehalten.

## Beginn der Defizitanalyse

Zu Beginn der Defizitanalyse kam die Projektgruppe zu einer Kick-off Sitzung am 12. Mai 2015 zusammen, in welcher die gesamte Projektgruppe über das oben beschriebene Vorgehen informiert wurde. Daraufhin wurde ein erster Workshop angesetzt (2. Juni 2015), um allen Mitgliedern der Teilstäbe anhand von zwei ausgewählten Szenarien (Ausfall Stromversorgung, Störfall C-Betrieb) die Stabsarbeit zu erläutern. Zudem wurden die Projektteilnehmer beauftragt, dem SC KFO erkannte verletzliche respektive

kritische Infrastrukturen zu melden, sodass die kantonale und nationale Übersicht der kritischen Infrastrukturen ergänzt werden könnte.

#### Workshops der Teilstäbe

Nach dem ersten Workshop wurde die Arbeit in den drei Teilstäben weitergeführt. Die Teilstäbe trafen sich zu zwei bis drei internen Sitzungen und erarbeiteten auf Basis der Szenarien der Gefährdungsanalyse eine Defizit- und Massnahmenliste. Für die einzelnen Teilstäbe wurde je ein Workshop mit der Kerngruppe organisiert (18. August 2015 Teilstab "Lage", 1. September 2015 Teilstab "Ressourcen" und 10. September 2015 Teilstab "Kommunikation"). Jeder Workshop wurde mit einem Inputreferat eines externen Fachspezialisten eröffnet. Im Anschluss daran stellte der Teilstab die in seinem Handlungsfeld erkannten Defizite und die erarbeiteten Vorsorgemassnahmen vor. Defizite und Massnahmen konnten anschliessend im Workshop gemeinsam überprüft, bearbeitet und ergänzt werden.

#### Massnahmenkatalog für den Regierungsratsantrag

Im Workshop 5 vom 29. September 2015 wurden die Ergebnisse der Teilstäbe zusammengeführt, konsolidiert und gemeinsam bewertet. Daraus wurde ein Massnahmenkatalog abgeleitet, der aufzeigt, welche Massnahmen welche bestehenden Defizite in der Ereignisbewältigung schliessen. Zudem erfolgte eine Bewertung der verschiedenen Massnahmen in Bezug auf Kosten und Nutzen. Der Regierungsrat hat zu entscheiden, welche der vorgeschlagenen Massnahmen umgesetzt werden und welche Defizite er bewusst als tragbar bewertet (Verzichtsplanung). Er entscheidet auch, ob bei nicht umgesetzten Massnahmen entsprechende Eventualplanungen vorzusehen sind.

## 4. Resultate

### 4.1 Defizite der Bereiche Lage, Kommunikation und Ressourcen

Zusammengefasst konnten in Stabsarbeit von den Mitgliedern der Projektgruppe folgende Defizite im Bereich der Lage, der Kommunikation und den Ressourcen identifiziert werden. Damit wird der in der Gefährdungsanalyse Glarus vom 15. November 2013 erkannte Handlungsbedarf (Kapitel 3) präzisiert.

#### Defizite im Bereich Lage

- \_ Im Umfeld des Bevölkerungsschutzes werden unterschiedliche, teilweise nicht kompatible Lageführungssysteme genutzt. Dies erschwert die kantonale und interkantonale Zusammenarbeit und verunmöglicht es teilweise, aus den unterschiedlichen Teillagen zeitgerecht eine bevölkerungsschutzrelevante Gesamtlage zu konsolidieren.
- \_ Die Prozesse und die erforderlichen Standards sind unzureichend definiert um einen effizienten Lageverbund zu ermöglichen.
- \_ Der vertikale Informationsfluss von den Gemeinden über den Kanton zum Bund und zurück ist unzureichend geregelt.
- \_ Der Kanton Glarus hat zu wenig ausreichend ausgebildetes Personal, um einen effizienten Lageverbund zu gewährleisten. Die Durchhaltefähigkeit bei länger andauernder Belastung ist deshalb nicht gewährleistet.
- \_ Bevölkerungsschutzrelevante Informationen, bspw. Standorte und Informationen zu kritischen Infrastrukturen, sind teilweise nicht vorhanden und auch nicht georeferenziert. In der Ereignisbewältigung ist ein Gesamtlagebild mit diesen Informationen von zentraler Bedeutung.
- \_ Weder die Informationsbeschaffung noch deren Weiterleitung ist krisensicher ausgestaltet. Aufgrund fehlender Redundanzen können Einsatzorganisationen bei einem längeren Stromausfall keine Informationen mehr austauschen.
- \_ Kritische Infrastrukturen sind mittlerweile identifiziert. Die Auswirkungen eines allfälligen Ausfalls kritischer Infrastrukturen sind jedoch noch nicht ausreichend analysiert und ein Konzept für deren Schutz fehlt.

#### Defizite im Bereich Kommunikation

- \_ Ein Leitbild Information und Kommunikation der Regierung liegt bereits vor. Es fehlt jedoch ein darauf aufbauendes Konzept für die Krisen- und Ereigniskommunikation, inklusive der Regelung für den Übergang der Kommunikationskompetenzen in verschiedenen Lagen. Ausserdem ist der Bedarf für ein Kommunikationstraining für die politischen Entscheidungsträger zu prüfen.
- \_ Notfallpläne für die Versorgung relevanter IKT-Systeme während einer Strommangellage fehlen. Die Versorgungsautonomie der meisten Systeme kann während mehrstündigen Stromausfällen nicht gewährleistet werden. Hiervon sind auch passive Vernetzungen zwischen Gebäuden betroffen.
- \_ Die personellen Ressourcen im Bereich IKT sind begrenzt, womit auch die Durchhaltefähigkeit stark eingeschränkt ist.

#### Defizite im Bereich Ressourcen

- \_ Bei langanhaltenden Katastrophen und Notlagen ist die Durchhaltefähigkeit nicht sichergestellt.

- \_ Die zur Verfügung stehenden Personen und ihre Fähigkeiten sind teilweise unklar. Insbesondere haben verschiedene Personen Mehrfachfunktionen oder unzureichende Stellvertretung.
- \_ Ein umfassendes Bild über die Qualität der verfügbaren materiellen Ressourcen fehlt.
- \_ Die Verletzlichkeit der führungsrelevanten Gebäude und Infrastrukturen ist nicht bekannt.
- \_ Notfallkonzepte, Interventions- und Evakuationspläne für die Gefährdungen "seltene Hochwasserereignisse" und "Erdbeben" fehlen.
- \_ Eine längerdauernde Strommangellage hätte weitreichende Konsequenzen, zumal kein Konzept für deren Bewältigung existiert und die Notstromversorgung nicht über längere Zeiträume sichergestellt werden kann (insb. Nachschub von Betriebsstoffen). Insbesondere die Trinkwasserversorgung und die Abwasserreinigung könnte nicht gewährleistet werden und die Verwaltung bzw. die Partner des Bevölkerungsschutzes wären in der Ereignisbewältigung stark eingeschränkt (unzureichende Kommunikationsmöglichkeiten, usw.)
- \_ Es fehlt ein Konzept für den Umgang mit professioneller ausserkantonaler personeller und materieller Unterstützung sowie für den Einsatz von Freiwilligen.

#### 4.2 Bereichsübergreifende Defizite

Aus den in den Teilstäben ermittelten Defiziten konnten im Weiteren bereichsübergreifende Defizite festgestellt werden, welche sowohl die Lage wie auch die Kommunikation und die Ressourcen betreffen.

Betriebliches Kontinuitätsmanagement

Die organisatorischen Grundlagen, um kritische Verwaltungsprozesse während einer Krise weiterzuführen, sind nicht vorhanden. Hierfür wäre es zweckmässig, ein betriebliches Kontinuitätsmanagement (BCM) für die kantonale Verwaltung aufzubauen, welches Weisungen über das Management kantonalen Ressourcen in der Ereignisbewältigung enthält. Darin sollte insbesondere festgehalten werden, auf welche kantonalen Aufgaben im Ereignisfall verzichtet werden kann, um Ressourcen für die Ereignisbewältigung freistellen zu können. Ohne ein BCM ist die Durchhaltefähigkeit in der Ereignisbewältigung in personeller und materieller Hinsicht nicht gewährleistet und die Handlungsfähigkeit der kantonalen Einsatz- und Führungsorganisationen eingeschränkt.

Ressourcenmanagement des Kantons

Neben den fehlenden organisatorischen Grundlagen zum BCM fehlt auch eine kantonal konsolidierte Übersicht über die verfügbaren materiellen und personellen Ressourcen, welche ein effizientes Ressourcenmanagement ermöglicht. Ohne ein koordiniertes kantonales Ressourcenmanagement ist die Ereignisbewältigung stark erschwert. Aufgrund des fehlenden kantonalen Ressourcenmanagements besteht derzeit die Gefahr von Fehlinvestitionen in der Anschaffung von Ressourcen.

#### 4.3 Kosten, Bewertung und Interdependenzen der Massnahmen zur Minimierung der erkannten Defizite

Erarbeitung von Massnahmen

Jeder Teilstab hat aus den identifizierten Defiziten geeignete Massnahmen erarbeitet, welche die erkannten Defizite minimieren oder gar beheben. Für die Bereiche Lage, Kommunikation und Ressourcen wurden insgesamt 33 Massnahmen erarbeitet. All diese Massnahmen wurden im Workshop 5 bewertet, quantifiziert und Interdependenzen mit anderen Bereichen ermittelt. Die verschiedenen Massnahmen, ihre Bewertung,

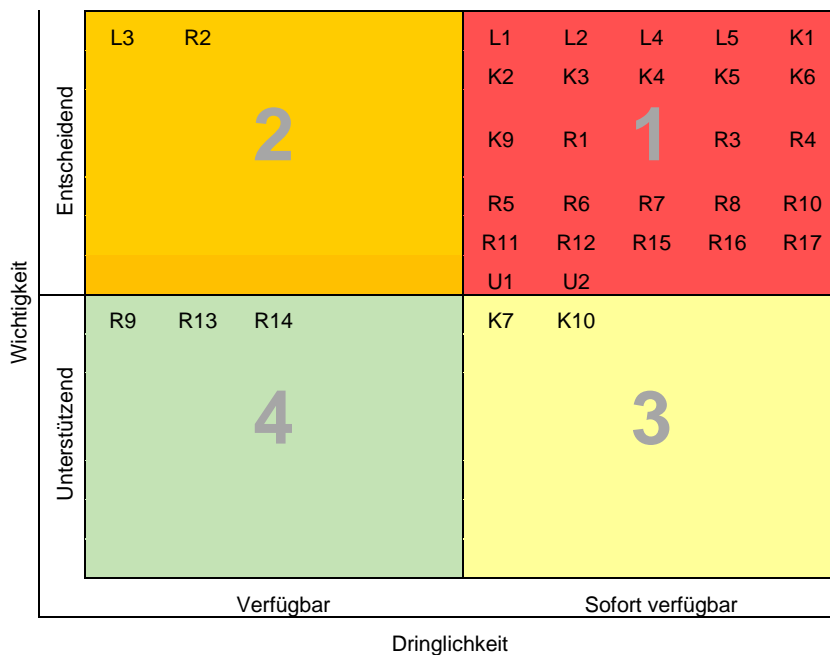
Kosten und Interdependenzen sind in Tabelle 3 zusammengestellt. Die nachfolgenden Abschnitte beschreiben das hierfür gewählte Vorgehen. Weitere Defizite und Massnahmen von untergeordneter Bedeutung wurden erkannt und dokumentiert, jedoch in diesem Bericht nicht ausgeführt.<sup>3</sup>

Eisenhower-Methode als Bewertungsgrundlage

Die Bewertung der Massnahmen erfolgte nach der Eisenhower-Methode. Diese beschreibt die Massnahmen anhand ihrer Dringlichkeit und ihrer Wichtigkeit. Es wird zwischen entscheidenden und unterstützenden Massnahmen sowie sofort verfügbaren und verfügbaren Massnahmen unterschieden. Massnahmen können entscheidend für die Ereignisbewältigung sein, d. h. dass ein Ereignis ohne die Massnahmen nicht effizient und zielgerichtet bewältigt werden kann. Dem gegenüber stehen die unterstützenden Massnahmen, welche bei der Ereignisbewältigung nicht notwendig, jedoch hilfreich sind. Ferner müssen Massnahmen im Ereignisfall entweder sofort verfügbar, oder erst nach einer gewissen Zeitspanne verfügbar sein (die Länge der Zeitspanne hängt stark vom Ereignis ab).

Bewertung der Massnahmen

Die verschiedenen Massnahmen wurden in der Eisenhower-Matrix in einer der 4 Bewertungsgruppen priorisiert (**Abbildung 1**). Der Mehrzahl der Massnahmen sind der ersten Priorität zugeordnet, d.h. sie sind für die Bewältigung entscheidend und müssen im Ereignisfall sofort verfügbar sein. Die Priorisierung aller Massnahmen ist in **Tabelle 3** zusammengestellt.



**Abbildung 1**  
Bewertung der Massnahmen nach der Eisenhower-Methode. Erläuterung der einzelnen Massnahmen erfolgt in **Tabelle 3**.

Kosten der Massnahmen

Ebenfalls wurden die Massnahmenkosten beurteilt. Bei den Kosten wurde zwischen Investitionskosten, Eigenleistung in Personenwochen und den jährlichen Folgekosten

<sup>3</sup> Teil der "Ergänzenden Materialien" zum diesem Bericht.



unterschieden. Die Massnahmenkosten wurden in 3 Bewertungsklassen eingeteilt. Diese sind in **Tabelle 2** dargestellt.

	<b>Niedrig</b>	<b>Mittel</b>	<b>Hoch</b>
Investition [CHF]	≤ 100'000	≤ 250'000	> 250'000
Eigenleistung [Personenwochen]	≤ 2	≤ 20	> 20
	<b>Nein</b>	<b>Ja (n)</b>	<b>Ja (m)</b>
Folgekosten [CHF/Jahr]	Keine	< 10'000	> 10'000

**Tabelle 2**

Bewertungsklassen der Massnahmenkosten

Interdependenzen

Um die Massnahmen aufeinander abstimmen zu können, wurden die Interdependenzen der einzelnen Massnahmen mit den anderen Bereichen (Lage, Ressourcen, Kommunikation und politische Führung) bestimmt. Diese sind ebenfalls in **Tabelle 3** aufgeführt.

Massnahme Nr.	Massnahme	Bewertung nach Eisen- hower				Interdependenzen			
			Investiti- onskosten	Eigen- leistung	Folge- kosten	Lage	Komm- unikation	Ressour- cen	Politische Führung
B1	Erstellen eines betrieblichen Kontinuitätsmanagement (BCM) der kantonalen Verwaltung in ausserordentlichen Lagen.	1	niedrig	mittel	Ja (n)	X	X	X	X
B2	Erstellen einer Ressourcenliste bzw. eines Konzeptes für das Ressourcenmanagement des Kantons (ResMaK)	1	niedrig	mittel	Ja (n)	X	X	X	X
L1	Einführungen eines einheitlichen Lageverbundsystems mit grosser Ausfallsicherheit bei allen relevanten Partnern des Bevölkerungsschutzes.	1	niedrig	mittel	Ja (n)	X	X	X	X
L2	Rekrutierung und Ausbildung von qualifiziertem Fachpersonal im Bereich Lage	1	niedrig	mittel	Ja (n)	X		X	X
L3	Aufbau eines gemeinsam genutzten Führungsstandortes mit Lagezentrum, der im Alltag von der Kantonspolizei genutzt wird und im Ereignisfall der Regierung und dem KFO als Arbeitsort mit entsprechender Ausrüstung zur Verfügung steht.	2	hoch	hoch	Ja (m)	X	X	X	X
L4	Sicherstellung des Informationsflusses & Zusammenarbeit mit anderen Kantonen, dem Bund sowie weiteren Führungsstäben (z.B. IKS Linth)	1	niedrig	mittel	Nein	X	X		X
L5	Einbezug der Kritischen Infrastrukturen im Kanton in die Lagebeurteilung eines Ereignisses.	1	niedrig	mittel	Ja (n)	X	X	X	
K1	Erstellen eines Kommunikationskonzeptes des Regierungsrates und der Verwaltung für ausserordentliche Lagen.	1	niedrig	mittel	Nein	X	X		X
K2	Planung und Durchführung von Grundkurse, Weiter- sowie Wiederholungsausbildungen im Bereich Krisenkommunikation, Ereigniskommunikation, Umgang mit Medien für die RR, betroffene Funktionäre der kantonalen Verwaltung & Angehörige von Führungsorganen.	1	niedrig	mittel	Ja (n)		X	X	X
K3	Alle Einsatzkräfte und die FO sollen im Alltag und in ausserordentlichen Situation POLYCOM als Funksystem verwenden.	1	niedrig	niedrig	Ja (n)	X	X	X	
K4	Abgabe von min. 2 POLYCOM-Geräten an die FO der Gemeinden zur Sicherstellung der Kommunikation in ausserordentlichen Situationen.	1	niedrig	niedrig	Ja (n)	X	X	X	
K5	Erhöhung der Versorgungsautonomie der relevanten Kommunikationsinfrastruktur während mindestens zwei Wochen.	1	mittel	mittel	Ja (n)		X	X	
K6	Festlegung der verwaltungs- und führungsrelevanten Gebäude des Kantons und der Gemeinden, inkl. Führungsstandort KFO und Erneuerung deren Glasfasererschliessung.	1	niedrig	niedrig	Ja (m)	X	X	X	X
K7	Übersicht der IKT-Infrastruktur in Kanton und Gemeinden als Teil des Ressourcenverzeichnisses des Kantons.	3	keine	niedrig	Nein		X	X	
K9	Überprüfung der Systeme für die Alarmierung der Bevölkerung (POLYALERT, allgemeiner Alarm, Wasseralarm)	1	keine	niedrig	Nein		X		
K10	Ausrüsten Mitglieder der KFO mit zweckmässiger IKT-Infrastruktur	3	niedrig	niedrig	Nein		X	X	
R1	Prüfung der im Ereignisfall notwendigen, vorhandenen bzw. fehlenden personellen Ressourcen (Defizitanalyse)	1	niedrig	niedrig	Nein	X	X	X	X
R2	Erarbeitung eines Konzeptes für den Umgang mit Freiwilligen und mit externer, professioneller Hilfe im Ereignisfall	2	niedrig	niedrig	Nein	X	X	X	X
R3	Erarbeitung eines Notfallschutzkonzeptes für seltene (seltener als 30-jährlich) und sehr seltene Hochwasser-Ereignisse	1	mittel	niedrig	Ja (n)			X	
R4	Ersatz des bisherigen Lawinen-Warn- und Informationssystems für Kantonsstrassen	1	niedrig	niedrig	Ja (n)		X	X	
R5	Erarbeitung eines Einsatzkonzeptes zur Bewältigung eines Erdbeben-Ereignisses	1	mittel	mittel	Nein	X	X	X	X
R6	Personalplanung der Einsatzkräfte/Stäbe speziell auch für längerdauernde Einsätze	1	niedrig	niedrig	Nein	X	X	X	X
R7	Ressourcenmanagement (personell und materiell)	1	niedrig	mittel	Ja (n)	X		X	
R8	Beschaffung von zusätzlichen Einsatzmitteln (Absperr-Schläuche, Zwischenlager Sandsäcke) für Hochwasserereignisse	1	hoch	niedrig	Ja (n)			X	
R9	Erarbeitung einer Übersicht über lokal verfügbare Baumaschinen inkl. Personal, Vorbereitung von Vereinbarungen über deren Einsatz	4	niedrig	mittel	Ja (n)	X		X	
R10	Vorbereitung der Notstromversorgung wichtiger Ver- und Entsorgungseinrichtungen	1	hoch	mittel	Ja (m)			X	
R11	Vorbereitung der Notstromversorgung der Einsatzkräfte und Stäbe	1	hoch	mittel	Ja (m)	X	X	X	X
R12	Prüfung eines autarken Kommunikationssystem für den Fall eines Stromunterbruches	1	niedrig	niedrig	Nein	X	X	X	X
R13	Überprüfung der gesetzlichen Grundlagen für Aufträge mit Kostenfolgen im Einsatzfall bzw. für den Abschluss von Vereinbarungen mit Privaten mit Kostenpflicht	4	niedrig, evtl. keine	mittel	Nein			X	X
R14	Vorbereitung einer Vereinbarung über die Beanspruchung privater Mittel (Baumaschinen, Helikopter) im Ereignisfall	4	keine	mittel	Nein			X	X
R15	Überprüfung der Erdbebensicherheit wichtiger Gebäude, Brücken, Tunnels, (Stauanlagen), Ver- und Entsorgungseinrichtungen	1	hoch	hoch	Nein			X	X
R16	Verbesserungen an bekannten Schwachstellen der Infrastruktur	1	hoch	hoch	Ja (m)			X	X
R17	Verzichtsplanung (als Teil des BCM – Massnahme B1)	1	niedrig	hoch	Nein	X	X	X	X

**Tabelle 3:** Bewertung; Kosten und Interdependenzen der von der Projektgruppe vorgeschlagenen Massnahmen. Die Grundlagen der Bewertung und der Kosten sind in Kapitel 4.3 erläutert.

## 5. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

Ein Paket von fünf wesentlichen Massnahmen

Aus der Massnahmenliste (**Tabelle 3**) ergibt sich, dass ein Teil der aufgeführten Massnahmen zur Behebung der festgestellten Defizite zuerst konzeptioneller Grundlagen bedarf. Vor einer Entscheidung darüber, welche der verschiedenen einzelnen Massnahmen umzusetzen sind, gilt es deshalb zuerst diese teilweise noch immer gänzlich fehlenden Grundlagen zu schaffen. Erst wenn diese bestehen, lässt sich ein definitiver Massnahmenmix schaffen, der kohärent ist und hinsichtlich Kosten und Prioritäten klare Aussagen macht. Wir empfehlen entsprechend als nächsten Schritt die fünf nachfolgenden wichtigsten konzeptionellen Massnahmen zeitnah auszulösen:

1. Erstellen eines Business Continuity Managements (BCM)<sup>4</sup> inkl. Verzichtsplanning
  - \_ Welche Staatsfunktionen müssen zwingend in einer Katastrophe oder Notlage funktionieren und welche nicht?
  - \_ Wo kann Personal der kantonalen Verwaltung abgezogen und in der Ereignisbewältigung eingesetzt werden?
  - \_ insbesondere werden in diesem Konzept die Massnahmen B1, K6 und R17 evaluiert.
  
2. Analyse und Optimierung der Organisation Bevölkerungsschutz
  - \_ Ist der kantonale Bevölkerungsschutz organisatorisch richtig aufgestellt und eingebunden?
  - \_ Sind die Prozesse zweckmässig und werden die Ressourcen der Bevölkerungsschutzpartner optimal eingesetzt?
  - \_ insbesondere werde in diesem Konzept die Massnahmen L3, R6 und R7 evaluiert.
  
3. Konzept Lageverbund ausarbeiten und implementieren
  - \_ Wie sind die Partner mit ihren Prozessen und Leistungen einzubinden?
  - \_ Welche organisationalen und personellen Fähigkeiten und Ausbildungen sind erforderlich und wie sind Verantwortlichkeiten und Schnittstellen zu regeln?
  - \_ Welche technischen Grundlagen und Informationen sind zu definieren (insb. georeferenzierte bevölkerungsschutzrelevante Daten und Lageverbundsysteme)?
  - \_ insbesondere werden in diesem Konzept die Massnahmen L1, L4 und L5 evaluiert.
  
4. Kommunikationskonzept für bevölkerungsschutzrelevante Lagen
  - \_ Wer kommuniziert in der besonderen und der ausserordentlichen Lage woüber?
  - \_ Welche Kommunikationsprozesse und Ausbildungen sind erforderlich?
  - \_ Welche Kommunikationsmittel sind erforderlich und wie wird deren Verfügbarkeit sichergestellt (make or buy)?

---

<sup>4</sup> Business Continuity Management (BCM) der kantonalen Verwaltung: Identifizierung der im Ereignisfall absolut notwendigen Leistungen der kantonalen Verwaltung; Erstellung und Einführung eines Umsetzungsplans für den Ereignisfall. Dadurch wird sichergestellt, dass die kritischen Leistungen aufrechterhalten und freiwerdende Ressourcen (Personen und Mittel) für die Ereignisbewältigung eingesetzt werden können.

\_ insbesondere werden in diesem Konzept die Massnahmen K1 und K2 evaluiert.

#### 5. Konzept Ressourcenmanagement Kanton (ResMaK);

- \_ Wie kann im Ereignisfall ein effizienter und effektiver kantonaler, interkantonaler und nationaler Mittel- und Ressourceneinsatz gewährleistet werden?
- \_ Welche personellen, organisatorischen und materiellen Ressourcen und Fähigkeiten stehen der KFO für die Ereignisbewältigung zur Verfügung?
- \_ Wie sind Prozesse und Schnittstellen zu den Partnern und Gemeinden zu definieren?
- \_ Wie soll das Ressourcenmanagement Bund "ResMaB" einbezogen werden?
- \_ insbesondere werden in diesem Konzept die Massnahmen R1, R2, R7 und R12 evaluiert.

Diese Massnahmen zielen darauf ab, im Ereignisfall optimierte Prozesse zu ermöglichen. Sie sind organisatorisch-struktureller Natur und deshalb mit marginalen Investitionskosten verbunden. Die Konzepte sollen nach ihrer Erstellung dem Regierungsrat wieder zur Beschlussfassung vorgelegt werden. So wird sichergestellt, dass dieser als für den Bevölkerungsschutz verantwortliche Behörde gestützt auf genügend konkrete Entscheidungsgrundlagen über die Vorsorgeplanung bzw. deren Ausrichtung befinden kann.

Wichtige Aspekte der Vorsorgeplanung

Für den optimalen Einsatz der vorhandenen Mittel und Organisationen in der Ereignisbewältigung sind bei allen fünf vorgeschlagenen konzeptionellen Massnahmen folgende Aspekte zu beachten:

- \_ Der Übergang der Führungsverantwortlichkeiten von der normalen Lage zu einer besonderen oder ausserordentlichen Lage und wieder zurück ist zu definieren.
- \_ Die Verwaltung des Kantons Glarus ist für den Alltag schlank organisiert. Aufgrund der begrenzten personellen Ressourcen verfügen verschiedene Aufgabenträger im Bevölkerungsschutz über Doppel- und Mehrfachfunktionen. Für eine längere Ereignisbewältigung fehlen teilweise erforderliche Stellvertreterregelungen. Auf die Fähigkeiten und Ausbildungen der begrenzt zur Verfügung stehenden Personen ist besonderes Augenmerk zu legen.

Koordination der Massnahmen

Unter Beachtung der begrenzten Ressourcen gilt es eine funktionierende Gesamtorganisation Bevölkerungsschutz aufzubauen. Diese herausfordernde Aufgabe erfordert einen hohen Planungs- und Koordinationsaufwand sowie ein gutes Fingerspitzengefühl. Wie die Erfahrung aus anderen Kantonen zeigt, ist es zweckmässig, hierfür dem Stabschef einen Koordinator Bevölkerungsschutz zur Seite zu stellen. Zudem ist ein politisches Aufsichtsgremium (z.B. Kommission) vorzusehen, um die Umsetzung der Massnahmen zu steuern.

Kommunikation

Die vorliegende Studie und die darin aufgezeigten Defizite und Verbesserungsmassnahmen dienen dem Schutz der Bevölkerung. Es ist sinnvoll, solche Anstrengungen zur Etablierung einer kantonalen Sicherheitskultur auch gegenüber der Bevölkerung zu kommunizieren. Auf Basis der "Praxishilfe Kommunikation – Wie informieren Sie über Gefährdungsanalysen und die Arbeit des Bevölkerungsschutzes?" des Bundesamtes

für Bevölkerungsschutz (BABS) kann mit vernünftigen Aufwand über die getroffenen Massnahmen informiert werden.

Erkenntnisse aktualisieren

Der Bevölkerungsschutz baut auch auf den Mitteln der Gemeinden auf. Diese werden von allen Massnahmen, welche der Kanton initiiert, zentral betroffen sein und sie sind entsprechend zu involvieren. Mit KATAPLAN wurde die kantonale Vorsorge in einer Momentaufnahme geplant. Der Kanton Glarus lebt und Gefährdungen und auch die Vorsorge verändern sich. Für das Massnahmencontrolling und zur Aktualisierung ist es zweckmässig und empfehlenswert, die Erkenntnisse im Rhythmus von vier bis fünf Jahren kritisch zu hinterfragen. Die Regierung soll dank aktualisierten Einschätzungen und optimierten Vorbereitungen in der Lage bleiben, ihre Führungsverantwortung in Katastrophen und Notlagen wahrzunehmen und die Bevölkerung vor grösseren Schäden zu bewahren.

Nächste anstehende Schritte

Damit die Erkenntnisse aus der vorliegenden Studie möglichst schlank umgesetzt werden können, empfehlen wir die folgenden Schritte einzuleiten:

- 2016:    \_ Regierung verabschiedet Bericht, informiert Bevölkerung und erteilt Auftrag zur Weiterbearbeitung  
          \_ Bildung einer Umsetzungsorganisation  
          \_ Bearbeitung der Konzepte
- 2017:    \_ Regierung verabschiedet Konzepte  
          \_ Konzepte werden implementiert
- ab 2018: \_ Überprüfen der implementierten Konzepte im Bevölkerungsschutz

Mit diesem Bericht verfügt der Kanton Glarus über eine sehr gute Basis für die nachhaltige Entwicklung eines optimierten und ganzheitlichen Bevölkerungsschutzes.

